

Hoher Kommissar für aktive Inklusion gegen Armut

Seine Aufträge

Martin Hirsch wurde im Mai 2007 zum Hohen Kommissar für aktive Inklusion gegen Armut beim Premierminister der französischen Regierung ernannt. Er hat den Rang eines Staatssekretärs. Der französische Staatspräsident hat ihm unter anderem den Auftrag übertragen, «die sozialen Mindestleistungen von Grund auf zu überdenken, damit die Rückkehr in die Beschäftigung sich in jedem Fall mehr auszahlt als das Verweilen in der Unterstützung und die Arbeit jedem die Garantie gibt, aus der Armut herauszukommen und vor ihr bewahrt zu werden».

Die französische Regierung hat sich im Oktober 2007 ein beziffertes Ziel für die Reduzierung der Armut gesetzt und hat sich dafür eingesetzt, die Armut innerhalb von fünf Jahren um mindestens ein Drittel zu reduzieren.

In diesem Rahmen wurde der Hohe Kommissar für aktive Solidarität gegen Armut neben der Reform der sozialen Mindestleistungen auch mit der Durchführung von zum Kampf gegen die Armut beitragenden experimentellen Programmen in sich freiwillig hierfür zur Verfügung stellenden Departements¹ beauftragt.

Der Handlungsbereich von Martin Hirsch wird somit auf die Ausbildung von Kindern, die von Armut betroffen sind, sowie auf die Kleinkindbetreuung oder auch auf den Zugang zu Bankdienstleistungen erweitert.

Um dieses Ziel zu formulieren und zu verfolgen arbeitet der Hohe Kommissar für Solidarität gegen Armut mit allen betroffenen Ministerien, sämtlichen öffentlichen Behörden und insbesondere mit den öffentlichen Arbeitsverwaltungen zusammen. Auch die anderen Akteure, die unverzichtbare Partner des Staates sind – Gebietskörperschaften, Sozialpartner, Vereinigungen sowie die betroffenen Personen – werden in die Maßnahmen des Hohen Kommissars für Solidarität gegen Armut einbezogen.

Ein auf nationaler Ebene festgelegtes beziffertes Ziel zur Reduzierung der Armut

Anlässlich des Welttags gegen Armut und Ausgrenzung hat Nicolas Sarkozy das nationale Engagement für den Kampf gegen die Armut erneut bekräftigt.

Auszug aus der Rede des französischen Staatspräsidenten (17. Oktober 2007):

„Weil diese Situation nicht hinnehmbar* und eines Landes wie Frankreich nicht würdig ist, wurde erstmals in diesem Land offiziell und öffentlich ein Ziel für die Reduzierung der Armut angekündigt. Ich habe der Regierung das Ziel gesetzt, innerhalb von fünf Jahren die Armut in unserem Land um mindestens ein Drittel zu reduzieren. Ich will, dass diese zu lange vernachlässigte soziale Herausforderung eine politische Herausforderung wird. Ich wollte ein Ziel setzen, damit wir gezwungen sind es zu verfolgen. So sind wir gezwungen, die Armut schaffenden Mechanismen aufzudecken und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuführen. Ich habe Martin Hirsch gebeten, der Hüter dieses Ziels zu sein. Es ist aber auch ein Ziel, das für die gesamte Regierung gilt. Es verpflichtet alle Minister egal, was ihr Aktionsbereich ist.“

* Laut Eurostat betrug die Armutsquote im Jahr 2006 in Frankreich 13%.

¹ Das Departement ist eine Verwaltungseinheit Frankreichs. Frankreich besitzt 100 Departements, darunter vier Übersee-Departements.

Die Reform der sozialen Mindestleistungen und die Unterstützung zum Arbeitseinkommen: das Einkommen aktiver Solidarität

Mit dem Einkommen aktiver Solidarität (frz. revenu de Solidarité active: rSa), das der Eckpfeiler des von dem Hohen Kommissar für aktive Inklusion gegen Armut vorgelegten Reformvorschlags der sozialen Mindestleistungen ist, soll das Arbeitseinkommen gegenüber den Sozialleistungen verbessert werden. Es ist Teil des ehrgeizigen Ziels, die Armut innerhalb von fünf Jahren um ein Drittel zu reduzieren und setzt damit voraus, sich mit mehreren schwierigen Fragen auseinanderzusetzen.

Es ist als zusätzliche Einnahmequelle für arme Arbeitnehmer, Empfänger von sozialen Mindestleistungen und für Personen mit geringen Einkommen gedacht. Es soll durch ein verbessertes Zusammenspiel zwischen Sozialleistungen und Arbeitseinkommen zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit anregen. Darüber hinaus erleichtert es eine dauerhafte Eingliederung in die Beschäftigung.

Die Reform strebt eine Antwort auf die Komplexität des Mechanismus der sozialen Mindestleistungen an, welche zahlreiche unerwünschte Nebenwirkungen wie z. B. die Verleitung zur Untätigkeit mit sich bringt. Es wurde daher im ersten Schritt eine experimentelle Umsetzung der Maßnahme beschlossen.

Die landesweite Einführung ist für das erste Halbjahr 2009 vorgesehen.

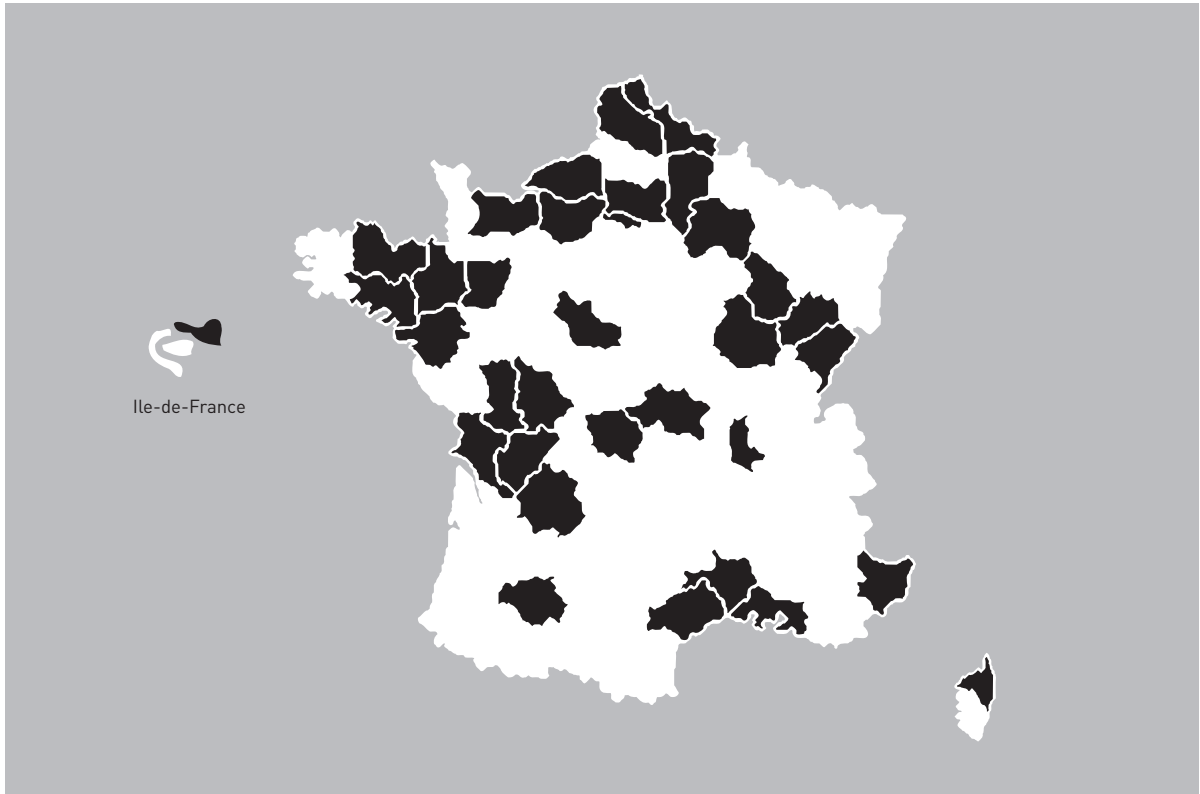
Das rSa ist Teil einer gemeinsamen Maßnahme der meisten aktuellen Systeme in Europa. Es zielt darauf ab, Lösungen zu erarbeiten, die den Anreiz zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung, die Reduzierung der Armut und die finanzielle Vertretbarkeit miteinander vereinbaren.

Einige dieser Reformen, wie z. B. der Kombilohn in Deutschland wurden ebenfalls getestet, bevor sie landesweit eingeführt wurden. Diese seit 1998 durch Pilotprojekte im Rahmen eines Programms der deutschen Bundesregierung in mehreren Regionen eingeführte Maßnahme wurde 2002 landesweit umgesetzt.

Ein Fortschrittsanzeiger der Indikatoren für das Armutsmonitoring

Der am 17. Oktober 2007 anlässlich des Welttages gegen Armut und Ausgrenzung der französischen Regierung erneut bekräftigte Wunsch, die Entwicklung der Armut in den kommenden fünf Jahren genau zu beobachten, hat zur Erarbeitung eines Diagramms zur Verfolgung der Armutsindikatoren durch den Hohen Kommissar für aktive Inklusion gegen Armut in enger Abstimmung mit der nationalen Beobachtungsstelle für Armut und Soziale Ausgrenzung, den betroffenen Staatsdiensten, den wichtigsten Vereinigungen der Armutsbekämpfung und den Sozialpartnern geführt. Es gibt keine perfekte Messmethode der Armutsentwicklung; jeder Indikator hat seine Grenzen oder erteilt nur Auskunft über einen Aspekt eines vielschichtigen Phänomens. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, mehrere Indikatoren miteinander zu kombinieren: Jeder Indikator des Diagramms gibt so eine ergänzende Auskunft über die Armutsquote bezogen auf den Zeitraum, auf den sich die Minderung der Armut um ein Drittel innerhalb von fünf Jahren bezieht.

34 Testdepartements für das Einkommen aktiver Solidarität



Departements, die zur experimentellen Einführung des RSA autorisiert sind : Aisne, Allier, Alpes-Maritimes, Bouches-du-Rhône, Calvados, Charente, Charente-Maritime, Côte-d'Or, Côtes-d'Armor, Creuse, Deux-Sèvres, Dordogne, Doubs, Eure, Gard, Gers, Haute-Corse, Haute-Marne, Haute-Saône, Hérault, Ille-et-Vilaine, Loire-Atlantique, Loir-et-Cher, Marne, Mayenne, Morbihan, Nord, Oise, Pas-de-Calais, Rhône, Seine-Maritime, Seine-Saint-Denis, Val-d'Oise, Vienne.

Eine in 34 Departements versuchsweise eingeführte Reform

Dieses Experiment ermöglicht eine präzise Nachbearbeitung der Maßnahme. Es war unerlässlich, verschiedene Regionen zu vergleichen: In jedem Departement wurden Modellregionen nach einer vom «Nationalen Evaluierungsausschuss für die experimentelle Durchführung von Maßnahmen» beschlossenen Methode ausgewählt. Jedes Departement hatte die Möglichkeit, gewisse Kriterien des durchgeführten Experiments (Zeitpunkt des Beginns, Zahlungsmodalität der Leistung) selbst zu wählen. Die Durchführung dieser Experimente basiert auf einem wesentlichen Prinzip: ein offenes Ohr für die sich in Schwierigkeiten befindenden Personen haben und ihre Erwartungen berücksichtigen, ihre Erfahrung nutzen, um die richtigen, ihren Bedürfnissen entsprechenden Lösungen zu erarbeiten und damit aus Sozialhilfeempfängern wirkliche Akteure der Sozialpolitik machen.

«Integrations-Grenelle»: ein gemeinsamer Lösungsansatz, um die Integration wieder in das Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion zu rücken

Die Idee eines «Grenelle-Gipfels»* zum Thema Integration wurde im Oktober 2007 vom französischen Staatspräsidenten als Antwort auf eine in Dijon, Frankreich, eingebrachte Anfrage der Akteure der Integration vorgebracht. Der Auftakt dieses Grenelle-Gipfels fand am 23. und 24. November 2007 in Anwesenheit zahlreicher Verantwortlicher der Gewerkschaften, Arbeitgeber, Vereinigungen und Lokalpolitiker in Grenoble statt.

Nach sechsmonatiger Arbeit wurde der Integrations-Grenelle zum symbolischen Datum des 27. Mai – 40 Jahre auf den Tag genau nach den «Grenelle-Abkommen» – beendet.

Er hat sechs Monate lang drei Arbeitsgruppen mit über 200 Personen beschäftigt. Diese waren aufgeteilt in acht Gremien aus Experten und Betroffenen der beruflichen Integration: Sozialhilfeempfänger, Anspruchsberechtigte und Arbeitnehmer in Integrationsmaßnahmen sowie Gebietskörperschaften, Akteure aus der Praxis, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, Vereinigungen zur Bekämpfung der Ausgrenzung, qualifizierte Persönlichkeiten und der Staat.

Auf der Grundlage des allgemeinen «Grenelle-Berichts» haben alle Partner gemeinsam einen Fahrplan aufgestellt, der 12 vorrangige Maßnahmen und gemeinsame Ausrichtungen vorsieht. Dieser in Arbeitsprogramme aufgeteilte Fahrplan wird im Sommer 2008 wirksam.

Die Vorhaben betreffen: die Verbesserung der Unterstützung der an einer Integrationsmaßnahme teilnehmenden Personen durch den öffentlichen Dienst, die Schaffung eines einheitlichen Eingliederungsvertrags, die Entwicklung von Einstellungsverträgen zur Professionalisierung, die Entwicklung von Arbeitgebergruppen, die Reform der Finanzierung der Integrationsstrukturen durch die Wirtschaft, die Verbesserung der beruflichen Eingliederung von Häftlingen oder die Wiederbelebung des persönlichen Kleinstkredits.

* Die Grenelle-Abkommen wurden am 25. und 26. Mai 1968, als Frankreich sich in einer schweren sozialen Krise befand, zwischen Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen verhandelt. Sie haben zu einer Erhöhung des SMIG (berufsgruppenübergreifender gesetzlich garantierter Mindestlohn) von 35 % geführt. Seither wird der Ausdruck „Grenelle“ für große Verhandlungen zwischen Regierung und Vertretern des Volkes gebraucht.

Die Ziele des Integrations-Grenelle

Ziel des Integrations-Grenelle war die Überarbeitung der Eingliederungspolitik, indem man sie analysiert und die Akteure zu Wort kommen und über grundsätzliche Fragen wie z.B. konkrete Aktionen diskutieren lässt, die Verbesserung der praktischen Initiativen und die Darlegung der Schwierigkeiten im Alltag, die Neudefinition der Begleitmaßnahmen für die Personen, die sich in Schwierigkeiten befinden, die Schaffung eines kohärenten Rahmens für die Akteure der Integration durch die Wirtschaft, eine stärkere Einbeziehung der Unternehmen und öffentlichen Arbeitgeber und eine effizientere Gestaltung der öffentlichen Maßnahmen.

Ein innovatives Instrument im Kampf gegen die Armut: das soziale Experiment

Der Hohe Kommissar für aktive Solidarität gegen Armut möchte, dass das soziale Experiment zu einem wesentlichen Baustein in den Reformen der Sozialleistungen und im Kampf gegen Armut wird.

Das soziale Experiment kann in der Tat ein wichtiger Faktor für die Reform der Sozialleistungen und ein effizientes Instrument für die erfolgreiche Umsetzung einer Strategie der aktiven Eingliederung sein. Es ist eine sozialpolitische Innovation, die in einer oder mehreren Regionen unter Bedingungen eingeführt wird, die eine Evaluierung ihrer Auswirkungen im Hinblick auf eine mögliche landesweite Umsetzung ermöglicht.

Auf seine Initiative wurde im Herbst 2007 eine Projektausschreibung gestartet, die es ermöglicht hat, innovative Programme zu identifizieren. Ziel: den Gebietskörperschaften, Vereinigungen, öffentlichen oder privaten Akteuren, Forschungsgruppen und Sozialhilfeempfängern die Möglichkeit geben, gemeinsame Aktionen umzusetzen, welche in die kollektiven Lösungsansätze bezüglich der Mittel im Kampf gegen die Armut und soziale Ungleichheiten sowohl im Hinblick auf eine Rückkehr in die Beschäftigung, die Gesundheit und die Integration als auch im Bereich der Bildung einfließen.

Die Projektausschreibung in Zahlen:

- über 600 Absichtsbekundungen
- über 300 einer aus 12 Mitgliedern bestehenden Jury vorgelegte Projekte
- 37 ausgewählte Projekte
- Freigabe von 6 Millionen Euro für die Finanzierung dieser Projekte im Jahr 2008

Aktive Eingliederung und Kampf gegen Armut in Europa: eine Priorität im Sozialbereich

Die Bekämpfung von Armut, ein Solidaritätsanspruch 2006 lebten 16 % der europäischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Diese Situation erfordert wirksame Maßnahmen, um allen Menschen den Zugang zu den von der Europäischen Union anerkannten Grundrechten zu gewährleisten und damit die konkreten Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Die Strategie der «aktiven Eingliederung» der am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Personen kommt diesem Solidaritätsanspruch, einer der Grundwerte und der Grundlagen der europäischen Identität, nach.

Diese Strategie beruht auf drei komplementären und untrennbaren Grundpfeilern: der Garantie eines ausreichenden Mindesteinkommens, einer die Integration auf dem Arbeitsmarkt fördernden Politik, erstklassigen und zugänglichen Sozialdiensten. Die in enger Abstimmung mit den Betroffenen (Staat, örtliche Behörden, Unternehmen, Sozialpartner und Sozialhilfeempfänger) erarbeitete und umgesetzte Maßnahme zielt darauf ab, die Integration in die Gesellschaft mit ihren Rechten und ihren Pflichten zu erleichtern. Es geht darum, einen Beitrag zum angestrebten Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit, die die Grundlage des europäischen Sozialmodells ist, zu leisten.

«Maßnahmen von höchster Wichtigkeit»

Im März 2000 hatte der Europäische Rat mit der Lissabon-Strategie die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission aufgefordert, bis 2010 die Beseitigung der Armut fördernde Maßnahmen in die Wege zu leiten. 2007 hat der EU-Rat im Frühjahr nach einer Überarbeitung der Strategie von 2005 darauf hingewiesen, wie wichtig eine stärkere Berücksichtigung der gemeinsamen sozialen Ziele der Mitgliedsstaaten ist. Im März 2008 hat der Europäische Rat im Rahmen einer Diskussion über die neue Sozialagenda unterstrichen, das «die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Förderung einer aktiven Eingliederung und die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für die vom Arbeitsmarkt am weitesten entfernten Personen zu den dringendsten Aufgaben gehören. Um dies zu erreichen, müssen alle auf europäischer Ebene verfügbaren Instrumente und Mittel eingesetzt werden».

Eine Priorität der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Sozialbereich

Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips wird die französische EU-Ratspräsidentschaft auf die Definition gemeinsamer Grundsätze und Arbeitsmethoden für die Anwendung einer Strategie der aktiven Eingliederung hinarbeiten, um zur gegenseitigen Stärkung der nationalen Strategien für eine Reduzierung der Armut beizutragen. Die französische Ratspräsidentschaft möchte während des im Dezember stattfindenden Rats für «Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz» (EPSSCO) Ergebnisse zum Thema der aktiven Eingliederung erzielen. Frankreich hat den Wunsch, gute Praxisbeispiele der Mitgliedstaaten aufzugreifen und die Umsetzung gemeinsamer Methoden unter Einbeziehung aller Akteure zu fördern: Staat und Gebietskörperschaften, Unternehmen und Gewerkschaftsorganisationen, NRO und in Schwierigkeiten befindliche Personen. Methoden: Mithilfe bezifferter, konzertierter und nationaler Lösungsansätze können im Hinblick auf eine öffentliche Aktion geeignete Initiativen bestimmt werden. Die Entwicklung sozialer Experimente innerhalb der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der aktiven Eingliederung ist ebenfalls ein konkretes und geeignetes Mittel für die Reduzierung der Armut in Europa. Jeder Staat könnte daraus nützliche Lehren ziehen und innovative Aktionsansätze aufdecken, um die nationalen Strategien zur Reduzierung der Armut zu stärken. Die französische Ratspräsidentschaft hat daher die Absicht, diese Programme und die Einrichtung eines europäischen Netzes für den Erfahrungsaustausch zu fördern.

Für die Erreichung dieser Ziele werden mehrere Veranstaltungen organisiert:

– 7. Europäischer Rundtisch über «Armut und soziale Ausgrenzung», 15. und 16. Oktober (Marseille)

Die Teilnehmer des Rundtischs aus 27 Mitgliedstaaten werden den mit der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung beauftragten Ministern, die sich nach dem Rundtisch erstmals zu einem informellen Gespräch versammeln werden, konkrete Vorschläge für eine aktive Eingliederung unterbreiten.

– Informelles Treffen der Minister zum Thema «Armut und soziale Ausgrenzung» am 16. Oktober (Marseille)

Dieses Treffen markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Definition gemeinsamer Prinzipien bezüglich der aktiven Eingliederung. Es trägt dazu bei, konkrete Methoden und die geeigneten Instrumente für die Umsetzung und Verfolgung der Strategie der aktiven Eingliederung im Hinblick auf die gemeinsame Stärkung der nationalen Strategien zur Bekämpfung der Armut zu erarbeiten.

– Begegnungen zum Thema «Soziale Experimente in Europa» am 21. und 22. November (Grenoble)

Diese Begegnungen bieten die Möglichkeit, aus den innerhalb der Mitgliedstaaten durchgeführten sozialen Experimente Lehren zu ziehen, um die Ansätze zu vertiefen. Zu diesem Anlass wird die Einführung von experimentellen Programmen in Europa im Bereich der aktiven Eingliederung angeregt. Um diese Maßnahme zu unterstützen, wird ein offizielles europäisches Netz gegründet.

Zeitplan

- Oktober: Empfehlung der Europäischen Kommission bezüglich der gemeinsamen Prinzipien zur aktiven Eingliederung
- Oktober: Sondierungsstellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (CESE) über die sozialen Experimente in Europa
- 15. – 16. Oktober: 7. Europäischer Rundtisch «Armut und soziale Ausgrenzung» zum Thema «Aktive Eingliederung» in Marseille
- 16. Oktober: Informelles Treffen der Minister «Armut und soziale Ausgrenzung» in Marseille
- 21. und 22. November: Begegnungen zum Thema «soziale Experimente in Europa» in Grenoble
- 15. und 16. Dezember: Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher (EPSSCO)

Biografie

Martin Hirsch, 44 Jahre, wurde im Mai 2007 zum **Hohen Kommissar für aktive Inklusion gegen Armut ernannt**.

Der Staatsrat und ehemalige Kabinettschef von Bernard Kouchner im Staatssekretariat für Gesundheit und Soziales, Martin Hirsch, hat die ENS mit einem Abschluss in Neurobiologie und die Verwaltungshochschule ENA absolviert. Er war von 1995 bis 2002 Vorsitzender der Emmaus-Gemeinschaft Frankreich und somit bis zu seinem Eintritt in die Regierung Nachfolger von Abbé Pierre. 2005 führte er den Vorsitz der Kommission «Familien, Anfälligkeit, Armut», die in ihrem Bericht die Idee eines Einkommens aktiver Solidarität vorschlägt. Im Januar 2006 war Martin Hirsch Mitbegründer der Neuen **Agentur für aktive Solidarität**, die das Ziel hat, in Partnerschaft mit der öffentlichen Hand und den Unternehmen experimentelle, territoriale und innovative Aktionen zur Bekämpfung von Armut durchzuführen.

**Haut commissaire aux Solidarités actives
contre la pauvreté**

59 avenue de Ségur
75007 Paris

France
tél : 00 33 1 44 38 14 00

www.ue2008.fr

juli 2008